

Die Ermordung des Grafen Stürgkh.

Der furchtbare Krieg, der ein Gebirge voll Gewalttaten und Verwüstungen über die Menschheit gebracht hat, ist auch außerhalb seines eigentlichen Gebietes ein Zerstörer und Anführer zu Verbrechen gewesen. Es scheint, daß die Spannung, die schon vor ihm die europäische Atmosphäre beschwerte und die den Nerden der Zeitgenossen eine schwere Belastungsprobe auferlegte, die Vorbedingungen schafft, aus denen Gewalttaten auch weit hinter den Schlachtfeldern entstehen. Der Mord von Sarajewo bildete das Vorpiel, die Ermordung des französischen Sozialistenführers Jaures, deren gerichtliche Sühne die französischen Machthaber aus der Angst des schlechten Gewissens heraus nun schon mehr als zwei Jahre lang verschleppt haben, leitete in Frankreich den Krieg ein, vielleicht ermöglichte sie ihn erst. Die Tötung des österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh ist der dritte politische Mord im Zusammenhang dieses Krieges. Haben die beiden vorerwähnten Verbrechen die schwersten Folgen gehabt, so ist in diesem Augenblick nicht zu übersehen, welches die Wirkungen dieses letzten Mordes sein werden. Wissen wir doch nicht einmal die Gründe, die den Mörder veranlaßt haben, seine Pistole auf den Minister zu richten.

Es macht ganz den Eindruck, als ob wir die Tat eines politischen Exaltierten vor uns hätten. Und was wir von dem Täter wissen, spricht für diese Vermutung. Dr. Friedrich Adler gehörte zu den Extremsten in der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs und er scheint dort eine ähnliche Rolle gespielt zu haben, wie Liebknecht und seine Leute in Deutschland. Er hat eine Reihe von Jahren in der Schweiz gelebt, ist dann nach Oesterreich zurückgekehrt und hat zuletzt die Stellung eines Parteisekretärs bekleidet. Allein dem Umstand, daß der Redakteur der sozialdemokratischen Monatschrift „Der Kampf“, Dr. Otto Bauer, in Kriegsgefangenschaft geraten ist, hatte es, Adler, wie die Frankfurter „Volksstimme“ mitteilt, zu verdanken, daß ihm die Redaktion dieser Zeitschrift übertragen wurde. Als solcher hat er die sozialdemokratische Partei, die deutsche, besonders aber die österreichische, scharf angegriffen in einer ähnlichen Weise, wie es die sozialdemokratische Arbeitergemeinschaft in Deutschland tut. Soeben erst hat sich das Organ der österreichischen Sozialdemokratie, die Wiener „Arbeiterzeitung“, in einem langen und scharfen Artikel gegen ihn zu wehren gehabt. Daß die Partei mit dem Verbrechen nicht das Geringste zu tun hat, daß sie es vielmehr auf das schärfste verurteilt, ist also als selbstverständlich zu betrachten. Von einer Persönlichkeit, die Adler aus seiner Berner Studentenzeit her kennt, hören wir, daß er ein etwas erzentriert veranlagter Mensch war, und man darf es hiernach fast als gewiß annehmen, daß es sich um die Gewalttat eines Monomaneu handelt, den entweder eine maßlose politische Leidenschaft oder Großmannssucht getrieben hat. So gräßlich der Mord an sich auch ist und so ernst die Verhältnisse sind, in die dieses düstere Ereignis fällt, so wird doch eine Erschütterung des Staates von ihm nicht ausgehen. Die österreichische Sozialdemokratie erfüllt wie die reichsdeutsche treu ihre vaterländische Pflicht und die Entente wird keinerlei Grund haben, aus dem Ereignis für sich irgend welche Hoffnungen zu schöpfen. Der Bau des österreichisch-ungarischen Reiches, der in diesem Kriege so schweren Stürmen widerstanden hat, wird auch diesem neuen Stoß widerstehen, um so mehr, als Graf Stürgkh keineswegs ein Staatsmann war, dessen Hand für die Leitung des österreichischen Staatsschiffes man für unbedingt nötig halten mußte.

Es ist schwer zu sagen, ob es außer den Hoffreien, gewissen Teilen des Feudaladels und der tschechischen Parteien in Oesterreich Parteien oder Gruppen gibt, die seine fünfjährige Ministerpräsidentenschaft als einen Segen für den Staat ansehen. Die Zeit, in welcher der aus dem sogenannten verfassungstreuen Großgrundbesitz hervorgegangene Graf Stürgkh als ein freiherrlicher und fortschrittlich gerichteter Politiker angesehen werden mußte, liegt weit zurück. Als er 1909 das Unterrichtsministerium übernahm, führte er es in einem Geiste, der so ziemlich in allen Dingen den Forderungen einer freigerichteten Anschauung entgegengekehrt war. Und die Mittel, die er anwandte, verrieten wohl Gewandtheit und Verschlagenheit, aber wenig Charakter. Daß ihn dennoch die deutsch-freiherrlichen Parteien noch eine Zeilang als einen der Ihrigen gelten ließen, gehörte mit zu den wunderlichen Gutmütigkeiten dieser Parteien, von denen man nicht weiß, ob sie mehr Mangel an politischer Entschiedenheit oder an Einsicht verraten. Aber Graf Stürgkh hatte seine Politik nicht ohne Zweck gemacht, und er erreichte, was er bezweckt hatte. Die Gnadensohne

der Höflinge und Kavaliere leuchtete ihm, und so wurde er, als in den Wirren des Jahres 1911 der Platz des Ministerpräsidenten frei wurde, auf diesen berufen. Abgesehen von den radikalen Tschechen, die ihm zuerst feindlich gegenübertraten, fand er auf seiner Seite Widerspruch, aber auch auf keiner einen freundlichen Willkomm. Die parlamentarischen Kämpfe, die seit dem Abgang des Ministeriums Beck das Parlament zermürbten, hatten eine solche Gleichgültigkeit erzeugt, daß man das Ministerium Stürgkh mit einem gewissen Fatalismus hinnahm. Was Oesterreich brauchte, eine starke, führende Hand, die im Stande gewesen wäre, die ungebärdigen Parteien, namentlich die nationalistischen Heißsporne, zu zügeln und zu der eine Mehrheit der Volksvertretung Vertrauen gehabt hätte, befaß Stürgkh so wenig wie seine Vorgänger. Er suchte mit demselben System, das diese angewandt hatten, das aber längst verbraucht war, zu regieren, d. h. die parlamentarische Zustimmung zu dem zu erhalten, was der Staat notwendig zum Leben brauchte. Unter mancherlei Fährlichkeiten gelang ihm das, indem er den Parteigruppen, die ihm drohten, durch Obstruktion das Parlament lahm zu legen, die Obstruktion gewissermaßen abkaufte. Durch immer weitere Zugeständnisse, die begreiflicher Weise die Autorität des Staates und der Regierung untergruben, brachte er freilich die Widerspenstigen zum Schweigen, aber es liegt auf der Hand, daß dieses System, das einst Graf Taaffe als die Methode des „Fortwurstelns“ bezeichnet hatte, versagen mußte, wo es sich um ein wirklich ernstes Problem handelt. In der böhmischen Frage ist Graf Stürgkh ebenso gescheitert wie seine Vorgänger und im Frühjahr 1914 mußte er wegen der drohenden Obstruktion der Tschechen, für deren Kauf er den Preis nicht zahlen konnte, den Reichsrat vertagen und mit dem Notparagrafen regieren.

Zwar hatten im Herbst 1913 neue Ausgleichsverhandlungen zwischen Deutschen und Tschechen begonnen, aber sie konnten nicht zum Ziele führen. Es wäre die Sache des Ministerpräsidenten gewesen, den Ausgleich zu machen. Aber er hatte den Deutschen gegenüber nicht das Vertrauen, den Tschechen gegenüber nicht die Kraft, um als Führer und Mittler aufzutreten. Durch Zugeständnisse suchte er die Tschechen zu gewinnen, was ihm allerdings deren Sympathien eintrug, aber ihre Geneigtheit zu einem ehrlichen Ausgleich keineswegs erhöhte. Die Bemühungen waren vergeblich, aber während des Krieges haben mancherlei Vorläufer in Böhmen, die erst jüngst im ungarischen Parlament eine ausführliche Besprechung erfuhren, das Bedenkliche dieser Politik des Grafen Stürgkh deutlich gezeigt und der Rücktritt des Staatshalters von Böhmen, Fürsten Thun, wie der Prozeß, in dem der Abgeordnete Kramarsch und mehrere andere tschechische Führer wegen Hochverrats verurteilt wurden und in dem Graf Stürgkh in der unangenehmen, ihm sicherlich nicht erwünschten Rolle eines Freundes des Angeklagten Kramarsch erschien, waren späte Nachwirkungen dieser falschen und ihr Ziel verfehlenden Politik. Der Krieg und die Umstände brachten es mit sich, daß Graf Stürgkh an der Regierung blieb, nicht weil er allein im Stande gewesen wäre, die Fährden und Nöte des Staates zu überwinden, sondern weil er es verstand, die ausschlaggebenden Faktoren in Oesterreich für sich zu nützen und weil er vorsichtiger Weise sich auch mit dem Führer der ungarischen Regierung, der ihm an Geist und Kraft erheblich überlegen war, in ein gutes Verhältnis zu setzen wußte. Das waren Sicherungen für ihn, die ihn wohl, wenn nicht verbrecherische Gewalt eingegriffen hätte, über den Krieg hinaus an der Macht erhalten hätten.

Die aus den Kreisen des Parlaments mehrfach gemachten Versuche, die Volksvertretung und die Delegationen zusammenzurufen, haben beim Grafen Stürgkh wenig Entgegenkommen gefunden, und auch jetzt wieder schien es nicht, als habe der Ministerpräsident Eile, den von allen Parteien, mit Ausnahme der Tschechen, geäußerten Wunsch, daß Oesterreich wieder als ein Verfassungsstaat erscheinen möge, zu erfüllen. Das beruht zu einem Teil wohl auf einer aus Schwäche entsprungenen Angst vor unerfreulichen Szenen im Parlament, zum anderen Teil aber doch wohl auch in dem Gefühl, daß fast alle Parteien dem Leiter der Regierung mit wenig Vertrauen begegneten. Ob diese Haltung des Ministerpräsidenten nun einen ganz extremen Menschen, wie Friedrich Adler, besonders aufgeregt hat, ob dieser überhaupt ein politisches Ziel verfolgte, oder ob es sich um Ueberreizung der Nerden eines ohnehin weit seitwärts Stehenden gehandelt hat, wird man vielleicht erst nach Verlauf einiger Zeit erfahren. Sicherlich steht Oesterreich vor einer ernststen Lage. Was es braucht, ist ein Staatsmann, der die politischen Notwendigkeiten voll erkennt, die aus der Stellung der Monarchie während des Krieges und nach ihm im Verhält-

nis zu den verbündeten und feindlichen Mächten sich ergeben, und der mit Sicherheit und Klarheit auch im Innern den Weg zur Versöhnung und zum Ausgleich der österreichischen Volksstämme und damit zur dauernden Festigung des Reiches zu finden weiß. Dieses hat im Laufe der Jahrhunderte viel ernste Gefahren glücklich überwunden. Selbstvertrauen und Willensstärke und die aus den Jahrhunderten einer stolzen Geschichte erwachsene Kraft werden ihm auch über die jetzige Lage, die den einen der beiden Teilstaaten betreffen hat, ohne Schaden hinwegfelsen.